MEINE MA(c)H(t)MUT AKTUELLES AUS

SPD

AKTUELLES AUS DUISBURG & BERLIN

MAHMUT ÖZDEMIR SPD BUNDESTAGSABGEORDNETER

NR. 04 | JUNI 2015



- Entlastung von Städten und Gemeinden - für Sozialdemokraten mehr als nur ein Lippenbekenntnis! Seite 2
- Freiheit beginnt mit
 Sicherheit Seite 6
- Lasst uns über TTIP reden
 Seite 9
- Treffen mit
 Interessenvertretern Seite 11
- Namentliche
 Abstimmungen Seite 13
- Das rechtlich Mögliche an das menschlich Notwendige anpassen Seite 16
- Özdemir on Tour Seite 18
- Politik trifft Wirtschaft Seite 22
- Aus dem Büro: Interview mit Jennifer Metzlaff Seite 23

IMPRESSUM

■ V.i.S.d.P.

Mahmut Özdemir, MdB Platz der Republik 1 11011 Berlin

Tel.: 030 / 227 73819 mahmut.oezdemir@bundestag.de www.oezdemir-fuer-duisburg.de

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

nach gründlichen parlamentarischen Beratungen sind wir aktuell unmittelbar vor der Sommerpause auf der Zielgeraden, eine verbindliche gesetzliche Regelung von Karenzzeiten für ausscheidende Regierungsmitglieder zu verabschieden. Wie so viele andere, wird auch dieses Gesetz eine klare sozialdemokratische Handschrift tragen, da wir uns mit unserer Forderung nach einer Karenzzeit von je nach Einzelfall 12 bis 18 Monaten durchsetzen konnten, während die Union zunächst noch auf das Modell der rechtlich nicht bindenden Selbstverpflichtung gepocht hatte.

Damit nicht genug, in anderen politischen Bereichen wird es vor der Sommerpause im Deutschen Bundestag noch einmal richtig turbulent:

Das digitale Zeitalter hält uns mächtig auf Trab! Ein Angriff auf die digitale Infrastruktur des Bundestages, das IT-Sicherheitsgesetz und die Debatte zu den Höchstspeicherfristen von Verkehrsdaten - im Volksmund gerne auch unter dem Begriff "Vorratsdatenspeicherung" zusammengefasst - sorgen für

Aufruhr. Der Angriff auf die informationstechnischen Systeme Bundestages zeigt uns aber mehr: wir hinken der digitalen Entwicklung als Staat hinterher. Der plötzliche Drang nach mehr Verschlüsselung von Mailverkehr und sicherem Abrufen von Daten aus dem Internet ist nichts im Vergleich zu dem Ohnmachtsgefühl gegenüber den Tätern, die vielleicht identifiziert werden können, denen man aber nicht mit einer deutschen oder europäischen Strafverfolgungs- oder Justizbehörde zu Leibe zu rücken vermag. Dies führt zumindest mich zu der Frage, wie viel Anonymität im Internet noch zulässig sein darf, wenn nunmehr gezielte Angriffe zu Spionagezwecken, Betrugstaten, "Datenhehlerei" und Beleidigungen sich hinter eben dieser Anonymität verstecken. Soll es etwa unzulässig bleiben, einen Geschädigten über seine Verbindungsdaten nachträglich zu informieren, dass er Opfer einer Straftat geworden ist, obwohl Polizei und Staatsanwaltschaft mangels Ermittlungsanhaltspunkten schon längst Verfahren eingestellt haben? Vor dieser Ohnmacht dürfen wir nicht verzagen, sondern müs-

sen stattdessen die Lebensrealitäten annehmen. Die Lebenswelt der Menschen muss im digitalen Zeitalter genauso sicher sein wie in der alten analogen Welt - der Rechtsstaat darf die Menschen nicht alleine lassen. Dies löst aber eben den Widerstreit der Grundsätze von Freiheit und Sicherheit aus. Aber über welche Freiheit reden wir eigentlich, wenn im Kleingedruckten die eigenen Daten zu Marktforschungszwecken oder für ein besseres Angebot des Handytarifes vermittels der allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) abgegeben werden? Oder noch einfacher, wenn in sozialen Netzwerken vom Lieblingsfilm über das Lieblingszitat bis hin zu Vorlieben zu bestimmten Markenprodukten Informationen geteilt werden. Deshalb stellt sich die Frage: Über welche Sicherheit im Netz des Deutschen Bundestages reden wir, wenn der einzelne Abgeordnete auf mobilen Endgeräten Zugang zum Netz des Bundestages hat, ohne die administrativen (hohen) Sicherheits- und Verschlüsselungsstandards zu nutzen, die ein von der Bundestags-IT administriertes Gerät mitbringt. Aber auch im privaten Bereich besteht die Problematik: Während DE-Mail und die Möglichkeiten des neuen Personalausweises wie Ladenhüter der Internetsicherheit ihr Dasein fristen, gibt es wenig Raum für

die Abwicklung von Behördengängen durch die "digitale Verwaltung". Die Nachfrage nach dieser Art von Schutz der Integrität und Vertraulichkeit informationstechnischer Systeme wird als Abwehrschlacht gegen den Staat geführt - im privaten Verhältnis gegenüber der Wirtschaft jedoch als notwendiges Übel anerkannt. Das Stichwort lautet Bequemlichkeit, die viel zu oft und zu leicht mit dem Grundrechtsschutz vermenat wird. Aber der Grundrechtsschutz ist viel mehr als der Schutz der Bequemlichkeit.

Turbulent wird es aber sicherlich auch über den Sommer bleiben und zwar nicht nur wegen tausender Rechner im Netzwerk, sondern wegen der Griechenlandhilfen zur Sicherung der Währungsunion und der Flüchtlingsbewegungen, die aufgrund der weltweiten Lage durch Kriege, Verfolgung aber auch wirtschaftlichen Elendes unsere Kommunen vor erhebliche Herausforderungen stellen. Herausforderungen, die wir zu lösen im Stande sind. Herausforderungen, die uns finanziell Einiges abverlangen, aber mit den entsprechenden Veränderungen der politischen Agenda möglich und sogar geboten sind, um den gesellschaftlichen Frieden zu wahren. Gerade deshalb sind die Sozialdemokraten im Bund der Motor für die Kommunalfreundlichkeit dieser Bundesregierung und der Koalition. Statt in langwierige Strukturdebatten zu gehen, haben wir durchgesetzt, kurzfristig und mittelfristig den Kommunen in Milliardenhöhe finanziellen Spielraum zu eröffnen. So können sich Städte wie Duisburg um ihre eigentlichen Pflichtaufgaben kümmern und gleichzeitig die Solidarität mit der Außenpolitik unseres Landes durch eine Willkommenskultur mit anständigen Flüchtlingsunterkünften und den gesellschaftlichen Rahmendbedingungen mit Spracherwerb Bildungsangeboten währleisten. Langfristig gilt es dennoch in den Bund-Länder-Finanzbeziehungen die Position von Kommunen zu stärken. Diesen Weg werde ich als Duisburger Abgeordneter im Unterausschuss Kommunales und im Plenum des Bundestages mit Überzeugung gehen.

Mit den besten Wünschen für die anstehenden Sommermonate und mit herzlichem

Mahuut Brdewir

Glückauf!

Euer

Mahmut Özdemir

Entlastung von Städten und Gemeinden - für Sozialdemokraten mehr als nur ein Lippenbekenntnis!

Eine kommunalpolitische Halbzeit aus Bundessicht mit Ausblick auf die kommenden Jahre.

von Mahmut Özdemir, MdB

"Die Menschen leben nicht in einem Land, nicht in einer Stadt, sie leben in ihrem Quartier, in ihrem eigenen Kiez." Diesen Satz sprach ein altgedienter Sozialdemokrat zu mir, als ich ihn vom Duisburger Hauptbahnhof abholte und mit ihm durch Meiderich. Beeck. Laar und Ruhrort bis nach Homberg fuhr. "Gerade deshalb sind Förderprogramme für Kommunen wie die Soziale Stadt eine so wichtige Klammer", ging es weiter. Der erste Teil klang recht philosophisch und beim zweiten Teil wusste ich ziemlich genau, was ich zu tun hatte. Der zweite Teil war die Aufforderung, alles, was bundespolitisch an Gesetzen und Verordnungen beschlossen wird, auf deren kommunale Auswirkungen hin abzuklopfen. In finanzieller Hinsicht, aber auch in verwaltungstechnischer sicht. Aber es steckte noch mehr in diesem Zitat: Es war die Erkenntnis, dass das Handeln von politischen Entscheidungsträgern immer an den Veränderungen vor Ort gemessen wird. Politik darf nicht die eigenen Probleme - insbesondere von Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen - zu den Problemen der Menschen machen. Ebenso wie der Oberbürgermeister und die Mandatsträger aus Rat und Be-

zirksvertretung ist der Bundestagsabgeordnete für die lose Bordsteinplatte und das Schlagloch sowie für den Bestand der durch Sparmaßnahmen bedrohten kommunalen Einrichtungen insgesamt verantwortlich.

Gerade deshalb ist das Schlagwort "kommunale Entlastung" in den ersten zwei Jahren der 18. Wahlperiode des Deutschen Bundestages so wichtig. Der Begriff scheint eingängig wie einleuchtend und erhebt im selben Moment den Vorwurf einer Überlastung. Dieser ersten Analyse, dass eine Überlastung der Verwaltungen in den Städten und Gemeinden vor Ort bestand und fortbesteht, wurde im sozialpolitischen und flüchtlingspolitischen Bereich mit erheblichen Finanzmitteln gelöst. Der Investitionsstau allgemein und vorwiegend im infrastrukturellen Bereich wie bei den Brücken und dem Personennahverkehr wird mit einem einmaligen Sondervermögen und durch dynamisierte Mittelzuwächse aufgestockt. Diese Art der kommunalfreundlichen Politik in Berlin ist ausschließlich auf die SPD-Bundestagsfraktion zurückzuführen. Dieser Mentalitätswechsel gegenüber der Vorgängerregierung war nicht zuletzt aufgrund der Tatsache notwendig geworden, dass unsere Kommunen als verlässliche Partner bei einer anständigen Unterbringung von Asylbewerbern die Hauptlast tragen.

Gerade unter diesem Aspekt lohnt sich der Blick auf die vielen Einzelmaßnahmen und einmaligen erheblichen Finanzhilfen, um diese zu einem Gesamtbild zusammenzuführen. Diese Entlastungen sind jedoch nur ein erster Schritt auf dem Weg zu einer gerechten Aufgaben- und Finanzverteilung zwischen dem Bund und den für die Kommunen zuständigen Ländern. Es muss mehr strukturelle Haushaltspolitik betrieben werden, die zuverlässig Aufgaben und die notwendige Finanzausstattung miteinander verknüpft und eben nicht starr veranschlagt. Sie muss gleichermaßen berücksichtigen, dass insbesondere Ausgaben für Sozialkosten und Verkehrsinfrastruktur eigenen Regeln folgen, was die Steigerungsraten betrifft (sogenannte "Dynamisierungsquote").

Neben den einmaligen Finanzhilfen und Sondervermögen bestehen als erste Säule jedoch auch dauerhafte Kostenübernahmen durch den Bund, die teilweise schon greifen oder in der politischen Beratung bis spätestens 2018 in Kraft treten sollen.

Gemeint ist etwa die vollständige Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund, die im Zeitraum von 2015-2018 inklusive der entsprechenden Steigerungsraten etwa 25 Mrd. Euro kosten wird. Die Kommunen, also auch Duisburg, sind von der Beteiligung an diesen Kosten freigestellt. Während 2014 eben jene Kosten für die Grundsicherung im Alter durch den Bund vollständig übernommen 4,769 Mrd. Euro betrugen, werden es 2016 schon 5,462 Mrd. Euro sein. Ebenso verhält sich mit der Grundsicherung für Arbeitssuchende und den damit verbundenen Verwaltungskosten (im SGB II). Diese Entlastungen wirken bereits.

Die Entlastungen zum Bundesteilhabegesetz sind demgegenüber aktuell in den politischen Beratungen. Erklärtes Ziel von Sozial- und Kommunalpolitikern ist es. die Übernahme von der Eingliederungshilfe möglichst zügig noch in dieser Wahlperiode einzubringen und zu verabschieden. Den Weg zu dieser Entlastung hingegen haben wir bereits mit einer Treppe gebaut. In den Jahren 2015 und 2016 wurden den Kommunen jeweils 1 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt. Konkret in Duisburg sind das über die Kosten-der-Unterkunft-Erstattung und den Umsatzsteuer-Anteil rund 8 Mio. Euro. Im Jahre 2017 werden es aufwachsend 2,5 Mrd. Euro sein, so dass Duisburg bis 2017 in Summe mit 19,7 Mio. Euro fest rechnen kann. Ab dem Jahre 2018 ist in der Finanzplanung im Hinblick auf die Übernahme der Eingliederungshilfe durch den Bund eine Entlastung von 5 Mrd. Euro angestrebt. Wichtig ist, dass dies eine Entlastungswirkung darstellt, die sich tatsächlich verstetigt und eine Stadt wie Duisburg dauerhaft in Millionenhöhe entlastet.

Vor enorme Herausforderungen gestellt werden die Kommunen derzeit im Hinblick auf die europäische Freizügigkeit sowie die Flüchtlingsbewegungen, sich durch weltweite Krisen und daraus entstehende wirtschaftliche Notsituationen erklären. Hier greift die zweite Säule der kommunalen Entlastung durch den Bund. Fakt ist, dass bundesgesetzlich der Arbeitsmarktzugang für Asylbewerber und Geduldete nach 3 Monaten gewährt wird. Ähnliches gilt für die Vorrangprüfung, die den Asylbewerber oder Geduldeten nach 15 Monaten Aufenthalt nicht mehr benachteiligt. Nach 15 Monaten werden ebenfalls statt den vorher bestehenden 48 Monaten Leistungen entsprechend der Regelsysteme nach SGB II oder XII erteilt. Der Spielraum für die Kommunen ist hier nicht sofort ersichtlich, er entsteht aber in erheblichem Maße, denn die Kommunen sind nicht ausschließlicher Kostenträger. Gekoppelt mit der Aufhebung der sogenannten Residenzpflicht nach der Erstaufnahme erlauben es diese Arbeitsmarktmaßnahmen den Flüchtlingen, sich um ihren eigenen Lebensunterhalt kümmern. Für die potenziellen Jobcenter-Kunden und deren Betreuer schaffen wir damit eine rechtssichere zukunftsorientierte Perspektive und verschlanken Personal- und Verwaltungskosten.

Einmalig gewährt der Bund über den festen Umsatzsteueranteil zusätzlich 500 Mio. Euro für die Unterbringung der Flüchtlinge. Daneben übernimmt der Bund auch die Impfkosten sowie die Aufstockung von Leistungen für Bildung und Teilhabe. Alleine die Beteiligung des Bundes bei der Unterbringung bringt im laufenden Jahr 2015 4,5 - 4,8 Mio. Euro in die Kassen der Stadt Duisburg. Diesen Betrag zu verstetigen und damit zu einer planbaren Größe für den Duisburger Kämmerer zu machen ist erklärtes Ziel. Hier ist jedoch noch deutlicher politischer Spielraum. Der erste Flüchtlingsgipfel kann aus Sicht keines Beteiligten zufriedenstellend gewesen sein. Besonders gilt dies vor dem Hintergrund, dass bei den Gesundheitskosten derzeit keine strukturell zuverlässige Lösung besteht. Jenseits von Geld gilt es in der ärztlichen Versorgung den gesellschaftlichen Frieden zu stärken. Solange die Kommunalpolitiker sich für die Untätigkeit bei Schlaglöchern und maroden Sportplätzen rechtfertigen müssen, können wir nicht gleichzeitig integrierende kommunikative Leistungen bei der Integrationsleistung von Asylbewerbern von ehrenamtlichen Mandatsträgern abfordern. Die

Integrationskosten für Asylbewerber und langjährig Geduldete sind eine Staatsaufgabe, die auskömmlich durch Bund und Länder finanziert werden muss. Die Einmalzahlung von 500 Mio. Euro sowie die Gesamtmehrausgaben des Bundes von überschlägig 125 Mio. Euro stellt bei steigenden Flüchtlingszahlen und der nicht zu erwartenden Beruhigung der internationalen Krisenherde keinerlei Übernahme von gesamtstaatlicher Verantwortung dar!

Anschaulich wird es erst. wenn man sich das kommunale Programm vergegenwärtigt, das abgeleistet wird. Auf besonderen Wunsch hin haben wir vor Ort in Gemeinschaft von Kommunal-, Landes- und Bundespolitik unserem Vizekanzler und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel die Situation vor Ort in Duisburg-Marxloh gezeigt. Dazu gilt: Neben der Zuweisung und der Unterbringung bzw. der Herrichtung von Standorten für Flüchtlingsfamilien und teilweise im Minderjährigenalter alleine reisende Flüchtlingen ist ein Betreuungsangebot zu schaffen von jung bis alt. Hierbei hilft auch die auf Bundesebene beschlossene Einstufung von sicheren Herkunftsstaaten und die künstliche Senkung von Flüchtlingszahlen zu Lasten einer möglicherweise bestehenden humanitären Verpflichtung nicht ausreichend. Die strukturelle und dauerhafte Beteiligung des Bundes wird spätestens im Herbst 2015 noch einmal auf die politische Agenda kommen müssen. Dann gibt es exakte Zahlen, wie viele Menschen auf der Flucht wir in Deutschland bei uns beherbergen werden. Entsprechend wird hier der Bund seine Verantwortung übernehmen müssen. Persönlich streite ich dafür, die vollständige Übernahme dieser Kosten durch den Bund zu stemmen. Jedoch wird hier wie in allen Streitfragen gelten: Koalition und Kompromiss ist ein unzertrennliches Begriffspaar.

Die dritte Säule der Gelder aus Berlin betrifft Investitionen. Städtebauförderung und Regionalisierungsmittel für den Öffentlichen Personennahverkehr. Die Gelder der Städtebauförderung sind hier insbesondere hervorzuheben: Das u.a. für Duisburg so wichtige Programm der "Sozialen Stadt" macht mit 150 Mio. Euro bundesweit ein Viertel der Gesamtsumme der Städtebauförderung aus. Gemeinsam mit dem Land stehen den Kommunen hier wertvolle Gelder zur Verfügung um Quartiere zu stabilisieren, in denen Eigentümer längst das Interesse verloren haben oder Investoren sich auf Kosten des Steuerzahlers zu sanieren versuchen. Mit klugen Instrumenten hat die Stadt Duisburg hier dank den Bundes- und Landesmitteln das "Wunder von Marxloh", den Grüngürtel Bruckhausen, den Oberhof Beeck, die Revitalisierung des Hochhausquartiers Homberg-Hochheide und die Stadterneuerung Hochfeld angestoßen bzw. über die Ziellinie geführt. Neben der Städtebauförderung gibt

Sonderprogramme wie die Denkmalförderung. Mit viel gemeinsamer Anstrengung und guter Präsentation in Berlin konnten jüngst für denkmalbauliche Zwecke für Hamborn 520.000 Euro für die Restauration des Hamborner Rathauses und des dortigen Wasserturms bewegt werden.

Das Sondervermögen "Kommunalinvestitionsfonds" indes geht völlig neue Wege in der Übernahme der Verantwortung durch den Bund. Statt "finanzschwache" Kommunen gibt es nunmehr klare Anhaltspunkte wie die Anzahl von Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II, Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigen, Schülerzahlen und nicht zuletzt auch die Einwohnerzahl, die bei der Verteilung der zugesicherten 3,5 Mrd. Euro bundesweit gelten werden. Hiervon fließt knapp ein Drittel, also ganze 1,12 Mrd. Euro nach NRW! Dieses Investitionsprogramm zeichnet sich im Gegensatz zu dem Konjunkturpaket II, welches als Starthilfe damals nach der Wirtschaftskrise 2008 geschnürt wurde. dadurch aus, dass Kommunen die in der Rangfolge der oben genannten Kriterien ihren Bedarf nachweisen, nur 10 Prozent Eigenmittel aufbringen müssen, um die volle Fondssumme abzurufen. Ein solches Programm des Bundes für die Kommunen sucht in der Geschichte der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Land und Kommune wirklich seinesgleichen!

Ab sofort stehen schließlich auch 110 Mio. Euro alljährlich mehr Gelder im Rahmen der Erhöhung der Regionalisierungsmittel für den ÖPNV zur Verfügung. Die eigentliche Erfolgsnachricht hier ist jedoch, dass diese Mittel nicht ständig neu verhandelt werden müssen, sondern nunmehr eine eigendynamische Wachstumsrate von 1.5 Prozent jedes Jahr aufweisen. Da dieser Verhandlungsstand recht frisch ist, gibt es noch keine belastbaren Zahlen darüber, wie hoch der Duisburger Anteil ist. Dies wird aber spätestens mit der nächsten Ausgabe der Ma(c)h(t)mut in Form eines Gastbeitrages nachgeliefert.

Unterm Strich: Dank der SPD-Bundestagsfraktion haben wir an allen möglichen Ecken und Enden für die Kommunen etwas bewegt. In mehr als elf Bereichen sind den Städten und Gemeinden im Land die Spielräume zurückgegeben worden, die ihnen durch Vorgängerregierungen, Privatisierungswahn und nicht konnexe Gesetzgebung genommen worden waren. Der größte Kraftakt muss es

jetzt sein, nicht stehen zu bleiben! Notwendige Hilfen, die jetzt fließen u.a. bei den Integrationskosten von Flüchtlingen, sind systematisch zu planbaren jährlichen fixen Größen in den städtischen Haushalten zu machen! Nur so können sich die Oberbürgermeister und Beigeordnete um ihre eigentliche Aufgabe kümmern, Wohn- und Lebensqualität in ihren Verantwortungsbereichen herzustellen. Dafür übernehme ich auch weiterhin als Mitglied des Deutschen Bundestages gemeinsam mit meiner Fraktion gerne Verantwortung!



Freiheit beginnt mit Sicherheit

Die Bundesregierung will ein neues Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung auf den Weg bringen. Damit steht eines der umstrittensten Themen der vergangenen Jahre wieder auf der Tagesordnung. Bundesjustizminister Heiko Maas hat nun einen Gesetzentwurf vorgelegt, der einen sehr engen Anwendungsbereich für die Speicherung vorsieht – und Lehren aus den vergangenen Jahren zieht.

von Johannes Jiang

Ganz Europa diskutierte nach dem terroristischen Anschlag

auf die Redaktion der französischen Satirezeitschrift "Charlie Hebdo", welche Maßnahmen

wir künftig ergreifen müssen, um sicherzustellen, dass solche grausamen Verbrechen bereits

im Vorbereitungsstadium aufgedeckt und verhindert werden können. Im Zuge dessen ist auch die Debatte um eines der umstrittensten politischen Themen der vergangenen Jahre, die Vorratsdatenspeicherung, wieder aufgeflammt.

Im Kern geht es dabei um die Idee, dass Telekommunikations- und Internetanbieter dazu verpflichtet werden sollen, Kommunikationsdaten für einen bestimmten Zeitraum anlasslos und vollständig zu speichern. Auf diese Daten sollen Polizei und Nachrichtendienste zum Zwecke der Strafverfolgung nach Bedarf zugreifen können. Befürworter argumentieren, die Vorratsdatenspeicherung – kurz VDS - stelle ein effektives Mittel zur Terrorismusbekämpfung und -prävention dar. So hätte eine entsprechende Datenspeicherung u.a. im Rahmen der Ermittlungen um die Terroranschläge in Madrid 2004 einen entscheidenden Beitrag leisten können.

Kritiker wiederum stören sich an einem aus ihrer Sicht unverhältnismäßigen Eingriff in die individuelle Privatsphäre und insbesondere den Datenschutz. Mit der massenhaften, anlasslosen Speicherung ermögliche man in technischer Hinsicht die absolute Überwachung: Menschen könnten sich nicht mehr sicher sein, dass ihre Kommunikation geheim bleibt, und würden wegen dieser Unsicherheit davon abgehalten werden, ihr Recht auf freie Meinungsäußerung

auszuüben. Im Endeffekt würde die VDS somit reihenweise gegen europäische und deutsche Grundrechte verstoßen. Ferner sei der tatsächliche Nutzen der VDS fraglich: Es gebe zu viele Umgehungsmöglichkeiten. Empirische Studien unterstützten die Annahme, dass die VDS keine nennenswerte Abschreckungswirkung erzeuge und insgesamt keinen Einfluss auf das Kriminalitätsniveau habe.

Trotz der Kontroverse und den Vorbehalten in der Zivilgesellschaft stimmte das Europäische Parlament 2005 mit großer Mehrheit für eine Richtlinie zur Einführung der Vorratsdatenspeicherung. Diese setzte die Bundesregierung mit einem Gesetz um, dass am 1. Januar 2008 in Kraft trat. Die SPD-Bundestagsfraktion trug dieses Gesetz maßgeblich mit, auch wenn längst keine Einigkeit in der Partei und in der Fraktion darüber bestand. An der Parteibasis sammelte eine Initiative mit dem Namen "Sozis gegen VDS" mehrere tausend Unterschriften. Zudem gaben mehrere Abgeordnete der SPD-Fraktion bei der Abstimmung über das Gesetz im Bundestag zu Protokoll, sie gingen davon aus, das Bundesverfassungsgericht würde das Gesetz für verfassungswidrig erklären.

Sie sollten Recht behalten: 2010 gab das Bundesverfassungsgericht einer Verfassungsbeschwerde mehrerer Politiker, darunter auch der ehemaligen Justizministerin Leutheusser-

Schnarrenberger (FDP), statt. Das Gesetz zur VDS sei verfassungswidrig und somit nichtig. Zwar verstoße eine Speicherung von Vorratsdaten nicht schon grundsätzlich gegen das Grundgesetz; allerdings müsse diese unter viel strengeren Auflagen geschehen, als das Gesetz aus dem Jahre 2008 erlaubte.

Die Bundesregierung war nun ihrerseits in einem Dilemma. Gegenüber der EU war sie weiterhin in der Pflicht, eine der EU-Richtlinie entsprechende Regelung im nationalen Recht zu schaffen. Andererseits musste sie nun unter den engen Auflagen des Karlsruher Urteils ein Gesetz schaffen, dass der Verfassung entspricht. Ein Gutachten aus dem Bundestag attestierte aber 2011, es gebe keine Möglichkeit, die Richtlinie umzusetzen, ohne gegen europäische oder nationale Grundrechte zu verstoßen. Die Debatte um das beste Alternativkonzept schien sich verfahren zu haben. Schließlich leitete die EU-Kommission 2011 ein Vertragsbruchsverfahren gegen Deutschland wegen Nichtumsetzung der Richtlinie ein.

Doch zu einer Verurteilung Deutschlands sollte es nicht mehr kommen, im Gegenteil: Im Juni 2013 enthüllte der Whistleblower Edward Snowden das massive, allumspannende Überwachungsnetz der Geheimdienste und gab der Bewegung für den Datenschutz ge-

waltigen Auftrieb. Der ehemalige NSA-Mitarbeiter machte umfangreiche Dokumente zu den Mitteln, der Wirkung und den technischen Möglichkeiten von Überwachung publik. Im unmittelbaren Anschluss an die Enthüllungen durch mehrere internationale Zeitungen verhandelte der Europäische Gerichtshof über die VDS-Richtlinie. Ein irisches und ein österreichisches Gericht hatten ihm die Frage nach der Vereinbarkeit mit der Grundrechtecharta der EU vorgelegt. Mit Urteil vom 8. April 2014 hob der Gerichtshof die Richtlinie wegen Verstoßes gegen das Grundrecht auf Achtung des Privatlebens (Art. 7) und des Grundrechts auf Schutz der personenbezogenen Daten (Art. 8) auf.

Eine Weile wurde es still um die VDS, doch der Anschlag von Paris führte Europa auf traurige Weise wieder vor Augen, dass weiterhin eine Antwort auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen des Terrorismus und der organisierten Kriminalität gefunden werden muss. Zusammen mit dem Krieg in der Ukraine in unserer unmittelbaren Nachbarschaft ist somit klar geworden: Damit wir unsere Freiheit haben können, brauchen wir zunächst einmal Sicherheit. Die beiden Begriffe stehen nicht grundsätzlich in einem antinomischen Verhältnis, sondern bedingen einander manchmal. Aus diesem Grunde hat sich die SPD-Parteiführung für die Wiedereinführung einer Speicherung von Verkehrsdaten – diesmal unter den engen Auflagen der Rechtsprechung – eingesetzt. Mit welchen konkreten Eckpunkten der Drahtseilakt zwischen innerer Sicherheit und Kommunikationsfreiheit gelingen soll, hat Bundesjustizminister Heiko Maas unlängst in Berlin vorgestellt:

Gespeichert werden sollen demnach nur wenige, im Telekommunikationsgesetz konkret zu bezeichnende Verkehrsdaten wie Rufnummern. Zeitpunkt und Dauer eines Anrufs, bei Mobilfunk die Standortdaten sowie die IP-Adressen. Nicht gespeichert werden sollen hingegen jegliche Kommunikationsinhalte und auch keine aufgerufenen Internetseiten. Darüber hinaus sind sämtliche Daten von E-Mail-Diensten von der Speicherung ausgenommen.

Für Standortdaten, die besonders sensible Daten darstellen, gilt eine kurze Speicherdauer von vier Wochen, für die restlichen Verkehrsdaten zweieinhalb Monate. Die Telekommunikationsanbieter werden zur regelmäßigen ausnahmslosen Löschung verpflichtet – unter Bußgeldandrohung, falls sie dieser Pflicht nicht nachkommen. Zudem wird es verboten sein, mit Hilfe der erhobenen Daten Persönlichkeits- und Bewegungsprofile anzulegen.

Der Abruf der Daten soll nur in Verbindung mit einem engen

Straftatenkatalog und unter strengem Richtervorbehalt sowie weiterer enger Voraussetzungen möglich sein.

Insbesondere die umfangreiche Gesetzesbegründung legt nahe, dass hier ein ausgewogenes Konzept zugrunde liegt, das insbesondere alle beteiligten Interessen in Betracht zieht, sorgsam abwägt und somit einer effektiven und verfassungskonformen Regelung den Weg zeichnet. Mit diesem guten, aus der Hand des SPD-geführten Bundesjustizministeriums stammenden Gesetz, dass unseren verfassungsrechtlichen Grundwerten entspricht, machen wir deutlich, dass Freiheit und Sicherheit keine Gegensätze sind, im Gegenteil: Freiheit beginnt mit Sicherheit.

Von großem öffentlichen Interesse war nicht zuletzt die Haltung der SPD als Ganzes zur Vorratsdatenspeicherung. verse Medien versuchten, ein journalistisches Spektakel aus Etwas zu machen, was eigentlich seit 150 Jahren Alltag für die SPD ist, denn: Als Volkspartei vertraten und vertreten wir eine große Bandbreite an Akteuren, Branchen und Interessen der Gesellschaft und diskutieren die daraus resultierenden verschiedenen Positionen gründlich und mit allen Parteimitgliedern. Dass die SPD das Demokratieprinzip als Partei auf jeder Ebene lebt darauf sind wir stolz!



Lasst uns über TTIP reden – mutig, selbstbewusst und optimistisch

Gastbeitrag von Sigmar Gabriel, MdB, SPD-Parteivorsitzender und Bundesminister für Wirtschaft und Energie

Ein Thema hat im letzten Jahr viele Menschen besorgt und wird uns auch in diesem Jahr intensiv beschäftigen: die Freihandelsabkommen der Europäischen Union (EU) mit den USA (TTIP) und mit Kanada (CETA). Viele Bürgerinnen und Bürger, auch uns nahestehende Verbände und Organisationen, äußern teils heftige Kritik an diesen geplanten Freihandelsabkommen, sind verärgert über die mangelnde Transparenz der Verhandlungen und haben die Befürchtung, dass durch die Freihandelsabkommen bewährte europäische Standards etwa im Verbraucher- und Umweltschutz, bei den Arbeitnehmerrechten, in der Daseinsvorsorge und der Kultur ausgehöhlt werden könnten. Insbesondere auch die Frage des Investorenschutzes weckt großes Misstrauen.

Diese Sorgen und Vorbehalte nehme ich ernst. Die Abkommen bieten ohne Zweifel Chancen, bergen aber auch Risiken. Diese Fragen sachlich, ehrlich und offen miteinander weiter zu diskutieren, ist wichtig – in der SPD genauso wie in der Gesellschaft insgesamt.

Auf dem SPD-Parteikonvent Ende September haben wir vor diesem Hintergrund mit breiter Mehrheit einen Beschluss zu TTIP gefasst, der einen notwendigen breiten Diskussionsprozess innerhalb der SPD beschreibt sowie unsere inhaltlichen Kernerwartungen an die TTIP-Verhandlungen formuliert. Diese Punkte sind für mich die Verhandlungslinien für die weiteren Gespräche.

CETA ist bereits ausverhandelt, aber noch nicht unterschrieben. Es können noch Änderungen vorgenommen werden. Dabei sozialdemokratiwollen die schen Handelsminister in der EU vor allem die bisher privatwirtschaftlich organisierten Schiedsgerichte in öffentlichrechtliche Institutionen verwandeln - mit Berufsrichtern statt Vertretern bezahlter Anwaltskanzleien, mit öffentlichen und transparenten Verfahren und Berufungsinstanzen.

Vor allem ist für die SPD wichtig, dass die geplanten Freihandelsabkommen keine sozialen, ökologischen oder kulturellen Standards gefährden dürfen, dass weitere Verbesserungen dieser Normen möglich sein müssen und dass die Entscheidungsfreiheit regionaler Körperschaften über die öffentliche Daseinsvorsorge unberührt bleibt. Beide Vertragspartner sollen sich verpflichten, internationale Übereinkünfte und Normen in den Bereichen Umwelt, Arbeit und



Sigmar Gabriel Foto: Dominik Butzmann/ SPD

Verbraucherschutz zu beachten und umzusetzen – insbesondere die ILO Kernarbeitsnormen, auf deren Einhaltung im Rahmen von EU-Handelsabkommen auch der Koalitionsvertrag verweist. Exakt auf dieser Linie versuchen die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und das SPD-geführte Bundeswirtschaftsministerium auf die Verhandlungen der Europäischen Kommission Einfluss zu nehmen.

Welche Chancen bieten Freihandelsabkommen überhaupt? Die Verlagerung der Zentren der Weltwirtschaft nach Asien und China setzen Europa unter Druck. Während bei uns die Bevölkerung und das Wirtschaftswachstum abnehmen und die sozialen und ökologischen

Standards hoch sind, ist es im Asien-Pazifik-Raum eher umgekehrt. Noch sind die USA und Europa die größten Handelsräume, aber man muss kein Prophet sein, um zu wissen, dass wir diese Stellung nicht auf Dauer haben werden. Die Standards des Welthandels - auch die ökologischen und sozialen werden in Zukunft weit mehr durch die Asien-Pazifik-Region bestimmt werden als durch Europa oder Deutschland. Im Grunde stehen wir vor der Alternative: Schaffen wir Europäer es, die politischen, sozialen, kulturellen und ökologischen Standards im Welthandel mit zu bestimmen, oder werden wir uns in absehbarer Zeit an die Standards anderer anpassen müssen? Europa hat mit seinen eigenen Standards dabei etwas anzubieten. Doch der Erfolg hängt davon ab, ob wir unseren politischen Einfluss aktiv zur Geltung bringen. Als Sozialde-

mokraten wissen wir: Die Globalisierung und der Welthandel werden nicht von heute auf morgen Spielregeln entwickeln, die aus unserer Sicht wirklich sozial gerecht und ökologisch verantwortungsbewusst sind. So wie der soziale Fortschritt Deutschland iahrzehntelang Schritt für Schritt und über viele Reformen hinweg erkämpft werden musste, wird es auch bei der demokratischen, sozialen und ökologischen Gestaltung der Globalisierung eines langen Atems bedürfen. Aber die Geschichte der SPD zeigt: Mut, Selbstbewusstsein und Optimismus lohnen sich. Und wegducken hat das Leben noch nie besser gemacht. Darum geht es auch jetzt wieder.

Wie versprochen hat sich der SPD-Parteikonvent nochmals mit den Freihandelsabkommen beschäftigt. Dabei ist noch einmal deutlich geworden: In der Gesellschaft gibt es ein sehr breites Meinungsspektrum zum Thema Freihandel. Und dieses Meinungsspektrum bildet sich auch in der Volkspartei SPD ab. Das ist gut so. Denn seit 152 Jahren ist die SPD die Debattenpartei in Deutschland. Bei uns werden Diskussionen nicht weichgespült oder wegmoderiert, sondern öffentlich geführt klar in der Sache, auf Argumente gestützt und fair im Ton. Darauf können wir stolz sein. Denn Demokratie braucht den öffentlichen Austausch vor Argumenten.

Alle sind herzlich eingeladen, diese wichtige Diskussion um die politischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Standards und Regeln des Welthandels in der SPD und mit allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern zu führen. Mutig, selbstbewusst und optimistisch.

Übersicht: Treffen mit Interessenvertretern

Mahmut Özdemir Treffen den verschiedensten Als Bundestagsabgeordneter nimmt mit Interessenvertretern wahr. In Fachgesprächen wird hierbei eventueller politischer Handlungsbedarf erörtert. Gute Kontakte den am jeweiligen Fachbereich des Abgeordneten zu Interessengruppen sind eine wichtige Arbeitsgrundlage. Allerdings muss diese Zusammenarbeit immer im Dienste des Mandats - für und zugunsten der Bevölkerung - stehen. In diesem Sinne hat Mahmut Özdemir versprochen, alle seine Gespräche mit Interessenvertretern öffentlich zu dokumentieren.

2.2.2015	Britta Utz, Regional Director Friedrich-Ebert-Stiftung Kirgisistan, Tadschikistan
4.2.2015	Dieter Dewes, Bundesvorsitzender BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft
6.2.2015	Dr. Alexandros Tassinopoulos, Leiter Hauptstadtvertretung Bundesagentur für Arbeit
9.2.2015	Jürgen Dietz, Betriebsleiter/ Nobert Maul, Geschäftsführer Duisburg Sport/ Jobcenter Duisburg
10.2.2015	Fabian Grothues, Fachbereichsleiter Public Affairs Vivawest Wohnen GmbH
11.2.2015	Steffen Schnitzler AREA & Clavis Wohnungsbau GmbH
19.2.2015	Klaus Ridderskamp, Kapitän/Schiffleitung Schulschiff Rhein Stadthafen Duisburg-Homberg
20.2.2015	Jens Loock, Leiter Personalabteilung HKM Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH
12.3.2015	Ayhan Cetinbalta und Angelina Huld, Jugend- und Auszubildendenvertretung ThyssenKrupp Steel Europe AG, Werk Hamborn/Beeckerwerth
26.3.2015	Klaus Dauderstädt, Bundesvorsitzender dbb beamtenbund und tarifunion
31.3.2015	Dr. Stefan Dietzfelbinger, Hauptgeschäftsführer Niederrheinische Industrie- und Handelskammer
14.4.2015	Thomas Stoy und Axel Kocar, Vorstandsmitglieder Hamborner Wohnungsgenossenschaft
16.4.2015	Dr. Jens Reichel, Leiter Energie, Infrastruktur und Anlagentechnik HKM Hüttenwerke KruppMannesmann GmbH
20.4.2015	Michael Hack, Corporate Affairs Manager Japan Tobacco International



27.4.2015	Dieter Dewes, Bundesvorsitzender BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft
11.5.2015	Jens Loock, Leiter Personabteilung HKM Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH
26.5.2015	Wolfgang Wurm, Präsident Bundespolizeidirektion Sankt Augustin; Peltzer, Leiter der Bundespolizeiinspektion Flughafen Düsseldorf; Wolfgang Gunkel, MdB Bundespolizeidirektion Flughafen Düsseldorf
29.5.2015	Michael Wischnewski, Betriebsratsvorsitzender Duisburger Verkehrsgesellschaft AG (DVG)
17.6.2015	Norbert Maul, Geschäftsführer Jobcenter Duisburg
23.6.2015	Dr. Jens Stuhldreier, Leiter Regionalagentur NiederRhein
25.6.2015	Jürgen Strauß, Betriebsratsvorsitzender Norske Skog Walsum GmbH



Namentliche Abstimmungen

Die Teilnahme an Namentlichen Abstimmungen gehört für alle Bundestagsabgeordneten zum Alltag einer Sitzungswoche. Hier könnt Ihr nachlesen, wie Euer MdB im Einzelnen abgestimmt hat.



19.06.2015 Bundeswehreinsatz in Libanon (UNIFIL)

Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der "United Nations Interim Force in Lebanon" (UNIFIL) auf Grundlage der Resolution 1701 (2006)

Drs. 18/5054, 18/5252

19.06.2015 Bundeswehreinsatz in Mali (MINUSMA)

Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) auf Grundlage der Resolutionen 2100 (2013) und 2164 (2014) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

Drs. 18/5053, 18/5250

19.06.2015 Bundeswehreinsatz in Kosovo (KFOR)

Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung über die Fortsetzung der Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz in Kosovo auf Grundlage Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

Drs. 18/5052, 18/5248

18.06.2015 Grundfreibetrag, Kinderfreibetrag, -geld, -zuschlag

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags

Drs. 18/4649, 18/5011, 18/5244, 18/5259

22.05.2015 Gesetz zur Tarifeinheit

Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Tarifeinheit (Tarifeinheitsgesetz) Drs. 18/4062, 18/4966

Ja

Ja

Ja

Nein

Ja

21.05.2015	Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die Vereinten Nationen geführten Mission UNMIL in Liberia auf Grundlage der Resolution 1509 (2003) und nachfolgender Verlängerungsresolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, zuletzt Resolution 2215 (2015) Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung Drs. 18/4768, 18/4965	Ja
21.05.2015	Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias auf Grundlage des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung Drs. 18/4769, 18/4964	Ja
27.03.2015	Liegenschaftspolitik des Bundes Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – für eine nachhaltige und zukunftsweisende Liegenschaftspolitik des Bundes Drs. 18/3044, 18/3873	Ja
27.03.2015	Liegenschaftspolitik des Bundes, Gesetzentwurf Die Linke Gesetzentwurf der Fraktion Die Linke zur Reform der Liegenschaftsveräußerungen (Liegenschaftsveräußerungsreformgesetz) Drs. 18/2882, 18/3873	Nein
27.03.2015	Pkw-Maut, Zweites Verkehrsteueränderungsgesetz Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Entwurf eines Zweiten Verkehrsteueränderungsgesetzes Drs. 18/3991, 18/4448	Ja
27.03.2015	Pkw-Maut, Zweites Verkehrsteueränderungsgesetz Änderungsantrag der der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Entwurf eines Zweiten Verkehrsteueränderungsgesetzes Drs. 18/3991, 18/4448, 18/4486	Nein
27.03.2015	Pkw-Maut Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Einführung einer Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen Drs. 18/3990, 18/4455	Ja
27.03.2015	Pkw-Maut Zweiter Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Einführung einer Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen Drs. 18/3990, 18/4455, 18/4484	Nein

27.03.2015	Pkw-Maut Erster Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Einführung einer Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen Drs. 18/3990, 18/4455, 18/4484	Nein
26.03.2015	Nachhaltige Waldbewirtschaftung Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen – Nachhaltige Waldbewirtschaftung sicherstellen – Kooperative Holzvermarktung ermöglichen Drs. 18/2876, 18/3578	Ja
26.03.2015	Bundeswehreinsatz in Somalia (EUTM) Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung auf Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Ausbildungs- und Beratungsmission EUTM Drs. 18/4203, 18/4447	Nein
05.03.2015	Dämpfung des Mietanstiegs, Änderungsantrag Bündnis 90/Grüne Zweiter Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten (Mietrechtsnovellierungsgesetz) Drs. 18/3121, 18/3250, 18/4220, 18/4224	Nein
05.03.2015	Dämpfung des Mietanstiegs, Änderungsantrag Bündnis 90/Grüne Erster Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu dem Gesetz- entwurf der Bundesregierung zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespann- ten Wohnungsmärkten (Mietrechtsnovellierungsgesetz) Drs. 18/3121, 18/3250, 18/4220, 18/4224	Nein
27.02.2015	Finanzhilfen zugunsten Griechenlands; Verlängerung der Stabilitätshilfe Zustimmender Beschluss des Deutschen Bundestages nach § 3 des Stabilisierungsmechanismusgesetzes zur Verlängerung der bestehenden Finanzhilfefazilität zugunsten der Hellenischen Republik Drs. 18/4079, 18/4093	Nein
26.02.2015	Fortsetzung der Beteiligung deutscher Streitkräfte an der Militärmission der EU als Beitrag zur Ausbildung malischer Streitkräfte (EUTM MALI) Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung Drs. 18/3836, 18/4109	Ja
29.01.2015	Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung Drs. 18/3561, 18/3857	Nein
29.01.2015	Fortsetzung der Entsendung deutscher Streitkräfte zur Verstärkung der Integrierten Luftverteidigung der NATO (Operation Active Fence) Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung Drs. 18/3698, 18/3859	Ja



(v.l.n.r.) Mahmut Özdemir (MdB), Burkhard Lischka (MdB), Mechthild Schulten (Leiterin Malteser Hospiz St. Raphael), Dr. Martina Heinemann (Palliativärztin)

Das rechtlich Mögliche an das menschlich Notwendige anpassen - ein Denkanstoß zur Sterbehilfe!

Sterbehilfe - In Würde mit Recht. So lautete das Thema einer Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion, zu welcher die SPD-Bundestagsabgeordneten Mahmut Özdemir und Bärbel Bas am 29. April 2015 in den Hamborner Ratskeller eingeladen hatten, um über die ethischen wie rechtlichen Kernpunkte der Sterbehilfe zu informieren, mit Experten und Betroffenen über die menschliche Dimension von Entscheidung zu sprechen und Lösungsvorschläge zu diskutieren.

von Christiane Kramer

Für den Impulsvortrag war Burkhard Lischka, Innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion aus Magdeburg angereist, um den knapp neunzig Anwesenden einen gegliederten Einblick in das Thema wie auch über die im Koalitionsvertrag stehende Position der SPD-Bundestagsfraktion zu geben. Im Koalitionsvertrag steht: "Zu einer humanen Gesellschaft gehört das Sterben in Würde. Wir wollen die Hospize weiter unterstützen und die Palliativmedizin ausbauen." Die Beratungen des Bundestages zum Thema Sterbehilfe haben mit einer Orientierungsdebatte am 13. November
2014 begonnen. Damit greift die
SPD-Bundestagsfraktion eine
wichtige gesellschaftspolitische
Diskussion auf: Was bedeuten
Selbstbestimmung und Wertschätzung auf der letzten Wegstrecke des Lebens? Und wie
können diese ethischen Werte
vom Gesetzgeber rechtlich verankert werden?

Burkhard Lischka MdB: "Während in Deutschland aktive Sterbehilfe verboten und Suizid nicht strafbar ist, ist die Beihilfe zum Suizid juristisch nicht geregelt. Gleichzeitig existiert bei

vielen Menschen die Vorstelihre Selbstbestimmung auch im Falle einer besonders leidvollen Erkrankung oder extremer Hilfsbedürftigkeit zu behalten. Wollen sie diesem Wunsch entsprechen, bewegen sich Angehörige, Pflegende und Ärzte in einer rechtlichen Grauzone. In der Debatte um die Sterbehilfe geht es daher nicht nur um Recht, sondern auch um Ethik und Würde. Was kann das Recht, was darf der Gesetzgeber und was will die Gesellschaft an Vorgaben und Verboten machen?"

Für die anschließende Publikumsdiskussion wurde die Expertenrunde durch Mechthild Schulten, Gründerin und Leiterin des Malteser Hospizzentrums St. Raphael in Duisburg, und Dr. Martina Heinemann, Palliativmedizinerin beim SAPV (Spezialisierte Ambulante Palliativversorgung für Duisburg und Umgebung) eröffnet.

Mechthild Schulten: "Die meisten sehr schwer erkrankten Menschen möchten so lange wie möglich zu Hause in ihrer vertrauten Umgebung leben. Die Entlastung der Familienmitglieder, die in der Regel kaum Erfahrung in der pflegenden Betreuung eines Schwerkranken haben, indem ihnen Hilfestellung und Information, aber auch Sicherheit und Ermutigung geboten wird, sollte in unserer Gesellschaft jedem zur Verfügung stehen. Dies sowohl ambulant wie auch stationär und darüber hinaus mit einer auf den Trauerprozess abgestimmten Beratung und Begleitung. Die Gesetzgebung regelt derzeit eine Finanzierung der Hospize, die auf Spenden angewiesen ist, da wünschen wir uns für die Zukunft sowohl bessere finanzielle Unterstützung vom Bund wie auch eine Informationskampagne, um die herausragenden Möglichkeiten und Angebote der palliativen Versorgung in der Öffentlichkeit bekannter zu machen. Das gemeinsame Ziel sollte ein flächendeckender Ausbau der hospizlich-palliativen Versorgung sein, auch in den Krankenhäusern sowie Alten- und Pflegeheimen."

Dr. Martina Heinemann: "Für ein menschenwürdiges Leben bis zum Tod sollten alle relevanten Berufsgruppen, die zur Verder besserung Versorgung schwerstkranker Patienten und ihrer Angehörigen beitragen, als Einheit zusammenarbeiten. Das Gedankengut und die bereits praktizierten Elemente der Palliativmedizin müssen Einzug halten in die bereits bestehenden Einrichtungen wie Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime. Nur so können Ärzte, Therapeuten und Pflegepersonal palliative Teamarbeit leisten."

Mahmut Özdemir, MdB: "Auf keinen Fall darf die gesetzgeberische Arbeit zu einer gesellschaftlichen Verrohung führen. Eine wie auch immer geartete Sterbehilfe durch Vereine oder andere Organisationen lehne ich ab. Für schwer leidende

Menschen müssen wir mehr übrig haben als die Tablette auf dem Nachttisch. Deshalb hat unseres Erachtens nach der gesetzgeberische Ausbau von Hospiz- und Palliativarbeit absolute Priorität, ein entsprechender Gesetzentwurf wird derzeit im Deutschen Bundestag debattiert. In einem zweiten Schritt gilt es dann, rechtliche wie ethische Aspekte auf Seiten der Patienten und der Ärzte zu klären."

Das Schlusswort sprach Özdemirs Duisburger Abgeordneten-Kollegin Bärbel Bas, MdB.

Bärbel Bas, MdB: "Die Diskussion machte deutlich, dass sich nur wenige Menschen mit dem eigenen Tod oder gar Sterbebegleitung auseinandersetzen. In den meisten Familien ist es ein Tabuthema. Dabei ist die Überlegung, was meine Wünsche, Vorstellungen und Erwartungen wären, wenn ich selber betroffen wäre, Voraussetzung dafür, um beizeiten entsprechende Maßnahmen und Regelungen für sich selber zu treffen. Dafür ist es notwendig, das Gespräch mit der Familie, mit Freunden und dem Hausarzt zu suchen. um nicht erst im akuten Fall reagieren zu müssen."

Özdemir on Tour



04. April 2015

Am Ostersamstag stand für den Abgeordneten eine Tour zu den Infoständen im Wahlkreis auf dem Programm. Früh los ging's mit dem mit 1.500 Ostereiern gefüllten Kombi.



Erste Station: Heimspiel in Homberg – v.l.n.r. Ratsherr Udo Vohl, Bezirksbürgermeister Hans Paschmann, Mahmut, Bezirksvertreter Julian Neumann, Bezirksvertreter Hans-Gerd Bosch.



Zweite Station: Mit zahlreichen Ostereier-Paletten schwer bepackt schlug Mahmut in Meiderich auf. Bei der durch die SPD Meiderich organisierten Osteraktion ...



... verteilte er die bunten Ostergrüße mit polit-prominenter Unterstützung - v.l.n.r. OV-Mitglied Volker Frings-Wikker, Ratsherr Bruno Sagurna, Thyssen Krupp Arbeitsdirektor Thomas Schlenz, NRW-Innenminister Ralf Jäger, Bezirksvertreterin Vanessa van Bösekoem, Mahmut, Bezirksvertreter Max Bauer.



Zu guter Letzt: Ein Abstecher nach Röttgersbach. Mahmut und Bezirksvertreter Thorsten Berane im Gespräch mit einer Bürgerin.



Dort unterstützte Mahmut auch (v.l.n.r.) Hans-Peter Boschen Ratsfrau Jennifer Metzlaff und Renate Gutowski beim Verteilen der Ostereier.



Am 1. Mai marschierte die SPD Duisburg solidarisch bei der traditionellen stattfindenden Mai-Demo der Gewerkschaften vom Hamborner Rathaus aus zum Landschaftspark Nord. Entlang des Lindwurms der IG Bau oder unter Fahnen der Duisburger JUSOS, ...



... Mahmut war dabei. Mit der Landtagsabgeordneten Sarah Philipp posierte er spontan für ein Selfie ©



11. Mai 2015

Am Tag der Kinderbetreuung besuchte Mahmut die evangelische KiTa in Baerl, um einmal DANKE-SCHÖN zu sagen bei einigen Erzieherinnen und Erziehern - stellvertretend für all jene Menschen, die in Kitas arbeiten oder als Tagesmütter oder -väter tätig sind.



14. Mai 2015

Von der traditionellen Vatertagsause im Mattlerbusch ging es direkt in die Schweiz zum 43. Internationalen Parlamentarier-Fußballturnier.



13. Mai 2015

Schüler der Jahrgangsstufe 11/12 der Gesamtschule Meiderich diskutierten mit Mahmut anlässlich des EU-Projekttags. Das Fazit des Abgeordneten: Hier wächst eine junge Generation heran, die das Engagement der Europäischen Union für Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte in Europa, wofür sie 2012 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, auch in Zukunft würdig mittragen und bewahren wird.



Dort spielte Mahmut mit vollem Einsatz ... u.a. gegen Abgeordnete aus der Schweiz, Finnland und Österreich.



20. Mai 2015

Es war ein Highlight dieser Sitzungswoche: Die Exkursion des Parlamentskreises Automobiles Kulturgut! - Mit historischen VW-Bussen ging es durch den Westen Berlins bis nach Potsdam.



23. Mai 2015

Am Pfingstwochenende fand das vom Frische-Kontor veranstaltete Spargelwettschälen vor dem Forum statt. Erstmal rausfinden, was die Walbecker Spargelkönigin Lisa Bons zu der Arbeit sagt!



05. Juni 2015

Young BPA – Berlinfahrt mit Oberstufenschüler, Mitgliedern von Mabilda e.V. und JUSOS der SPD Duisburg. Gruppenbild mit Abgeordneten im Deutschen Bundestag.



Politik trifft Wirtschaft

Duisburger Jungunternehmer zu Gast im Bundestag

von Christiane Kramer



Mahmut Özdemir mit dem diesjährigen Wirtschaftsjunior Aytekin Ünal

So lautete das Motto des 21. Know-how-Transfers, eine Projektwoche der Wirtschaftsjunioren Deutschland, an der auch der Duisburger SPD-Bundestagsabgeordnete Mahmut Özdemir teilgenommen hatte. Eine Woche lang ermöglichte er dem jungen Duisburger Unternehmer Aytekin Ünal einen Einblick in den Berliner Politikbetrieb.

"Es ist wichtig, dass Politik und Wirtschaft in Dialog treten", erklärte Özdemir "Nur so können wir uns darüber austauschen, welche Auswirkungen politische Entscheidungen für das einzelne Unternehmen haben."

Gleichzeitig wachse das Verständnis für die Anliegen der "anderen Seite". "Deshalb bin ich froh, dass die Wirtschaftsjunioren diesen Austausch organisieren - und dass die jungen Unternehmer sich die Zeit nehmen, uns in Berlin über die Schulter zu schauen. Ich habe mich besonders gefreut, dieses Jahr einen Wirtschaftsjunior aus meinem Duisburger Wahlkreis in Berlin zu begrüßen zu dürfen."

Vom 4. bis 8. Mai begleitete Aytekin Ünal den jungen SPD-Politiker zu Fraktions-, Ausschussund Arbeitsgruppensitzungen und vielen anderen Terminen während der Plenarwoche. Insgesamt nahmen rund 150 junge Unternehmer und Führungskräfte aus ganz Deutschland teil. Auf dem Programm der jungen Unternehmer standen außerdem Diskussionsrunden mit anderen Politikern und den Fraktionsspitzen.

Mahmut Özdemir: "Der Knowhow-Transfer hat uns eine hervorragende Plattform geboten miteinander zu diskutieren und das gegenseitige Verständnis für politische Prozesse einerseits und wirtschaftliche Notwendigkeiten andererseits weiter zu fördern. Nur so kann die Politik im Verbund mit der Wirtschaft zukunftsträchtige Investitionen auf einen guten Weg bringen."

Aytekin Ünal über seine Zeit in Berlin: "Mir hat die Teilnahme am Know-how-Transfer sehr viel gebracht. Jenseits von Bildschirm und Zeitungspapier bekam ich einen profunden Einblick in den Arbeitsalltag nicht nur des Parlaments als Institution, sondern darüber hinaus auch von einzelnen Bundestagsabgeordneten, allen voran meinem Duisburger Gastgeber Mahmut Özdemir. Ihm spreche ich meinen aufrichtigen Dank für diese ertragreiche Zeit aus. Die

persönlichen Gespräche haben mir gezeigt, dass man ohne Distanz und ohne jede Scheu miteinander sprechen kann. Über das persönliche Erleben im Deutschen Bundestag kann ich nun erst wirklich verstehen, wie politische Prozesse in der Realität funktionieren. Insbesondere hat mich fasziniert, dass stets ein politischer Konsens hart erarbeitet werden muss, bevor es gesetzgeberisch voran gehen kann. Ich freue mich schon jetzt darauf, meinen Erfahrungsge-

winn an die jungen Führungskräfte und an die Unternehmen vor Ort in Duisburg weitergeben zu können."

Ab dem Sommer treten die Abgeordneten ihre Gegenbesuche in die Unternehmen an, um den dortigen Unternehmeralltag besser kennen zu lernen.

Die Wirtschaftsjunioren Deutschland (WJD) bilden mit mehr als 10.000 Mitgliedern aus allen Bereichen der Wirtschaft den größten deutschen Verband von Unternehmern und Führungskräften unter 40 Jahren. Bei einer Wirtschaftskraft von mehr als 120 Mrd. Euro Umsatz verantworten sie rund 300.000 Arbeits- und 35.000 Ausbildungsplätze. Seit 1958 sind die Wirtschaftsjunioren Deutschland Mitglied der mehr als 100 Nationalverbände umfassenden Junior Chamber International (JCI).

Weitere Informationen sind unter **www.wid.de** zu finden

Aus dem Büro

Interview mit Jennifer Metzlaff

Für einen rundum schönen Internetauftritt des Abgeordneten und noch viel mehr sorgt die Assistentin der Wahlkreisbüroleitung Jennifer Metzlaff. Ein Interview

Liebe Jennifer, du bist Mitarbeiterin in Mahmuts Duisburger Wahlkreisbüro. Was sind Deine Aufgabenbereiche?

Ich betreue u.a. Mahmuts Homepage sowie seine facebook-Seite, kümmere mich um Bürgeranfragen und bereite die Berlinfahrten vor.

Wie bist Du zu dieser Tätigkeit gekommen? Kanntest Du Mahmut schon bevor Du für ihn gearbeitet hast?

Mahmut habe ich kennen gelernt, als ich gerade mal einen Monat Mitglied in der SPD war – das war auf dem Neumitgliederseminar der JUSOS Duisburg 2006. Da war Mahmut bereits fünf Jahre aktiv in der SPD engagiert.

Du bist nicht nur für einen Politiker tätig, sondern selbst politisch sehr aktiv und Ratsfrau der Stadt Duisburg, richtig? Wie ist es, beide Tätigkeiten gewissermaßen zu "jonglieren"? Was sind deine Fachgebiete als Mitglied des Stadtrats?

Ja, das stimmt. Seit der Kommunalwahl im Mai 2014 bin ich direkt gewählte Ratsfrau für den Wahlkreis 04 | Fahrn-Ost / Wehofen. Aber auch davor war ich bereits in der Bezirksvertretung Hamborn kommunalpolitisch aktiv. An die Kombination aus ehrenamtlichem Mandat und hauptamtlicher Arbeit habe



ich mich bereits während dieser Zeit gewöhnen müssen, damals habe ich bereits beim DRK in Bottrop gearbeitet. Seit ich zusätzlich für Mahmut arbeite, ist das natürlich sprunghaft angestiegen. Aber es ist spannend zu sehen, wie Bundespolitik tat-

sächlich Kommunalpolitik beeinflusst und dabei fast "hautnah" zu erleben, wie sich der zuständige MdB für die eigene Kommune einsetzt und sich für Duisburg ins Zeug legt.

Im Rat arbeite ich im Rechnungsprüfungs-, Personal- und Verwaltungsausschuss sowie im Betriebsausschuss Immobilien Management Duisburg. Darüber hinaus hat mich die SPD-Ratsfraktion zum RVR entsandt. Dort bin ich Mitglied im Kultur- und Sportausschuss und in der Verbandsversammlung.

Lassen sich die Interessen des Bundes und der Stadt Duisburg unter einen Hut bringen oder gibt es Themen, bei denen man künftig mehr aufeinander zugehen sollte? Na klar gibt es die – jede Menge. Nehmen wir beispielsweise die Kosten für soziale Leistungen, die vom Bund beschlossen wurden und von der Stadt Duisburg gezahlt werden. Da sind wir auf eine Kostenbeteiligung durch den Bund angewiesen. Dank der SPD sind wir aber seit der Bundestagswahl 2013

auf einem guten Weg, das auch zukünftig geregelt zu bekommen. Ich bin ganz zuversichtlich, dass wir auch die nächsten Schritte gemeinsam gehen werden.

In 10 Jahren bist Du...?

39 - alles andere wüsste ich auch gerne (*lacht*).

Spaß beiseite, ich sehe mich auch in zehn Jahren noch als

engagiertes Mitglied in der Duisburger Kommunalpolitik. Alles darüber hinaus wird nicht verraten ...

Bester Ort in Duisburg, um nach einem langen Arbeitstag zu entspannen?

Spontan, aus dem Bauch heraus: Es sich mit einem Glas Wein, ein paar Chips und einem guten Buch auf der Couch gut gehen lassen – bei schönem Wetter lieber noch draußen auf einer grünen Wiese oder im Biergarten. Beine hoch und Seele baumeln lassen.